



Erhebt täglich Nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Abonnementspreis
vierteljährlich für Halle und durch
Posten 2 Mark.

Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Neitschmann.
Fernsprecher nach Berlin und Leipzig. Anstalt Nr. 289.

Insertionspreis
für die fünfzehntägige Corrus-
Zeile oder deren Raum 12 Pfg.

Reclamen
vor dem Tageskalender die drei-
gehaltene Zeile oder deren
Raum 30 Pfg.

Nr. 35

Dienstag, den 11. Februar 1890.

91. Jahrgang

An die deutschen Arbeiter!

* Halle, 10. Februar.

Ihr steht am Scheidewege! Haltet einen Augenblick ein und denkt nach.

Der eine Weg ist der gesetzliche, der nach und nach, aber sicher zum Ziele führt, das heißt: zur fortschreitenden Verbesserung Eurer Lage. Es ist der Weg, den die von Schritt zu Schritt weiterdringende Kultur der Menschheit stets gegangen ist. Die Menschheit hat kein Stille stehen gegeben, Entwicklung überbringen. Soweit die Gesellschaft sich nicht geändert hat, können sich auch ihre Formen nicht ändern und bleibt der den sozialen Verhältnissen entsprechende Rechtszustand bestehen. Wird er dennoch gemalt über den Haufen geworfen, so entsteht er bald auf Neue wieder.

Sind aber die bestehenden Rechtsformen nicht mehr der richtige Ausdruck der sozialen Zustände, so sind sie unhaltbar und werden mit Notwendigkeit auch im Wege der Reform umgewandelt.

Die gewaltthätige französische Revolution schuf nach 1789, als sie den Weg der Reform verließ, nichts Neues; sie hinterließ die gesellschaftlichen Zustände, wie sie dieselben empfangen hatte, — trotz der Guillotine, trotz der Doctrinen der Revolutionäre, welche mehrere Jahre frei schalteten, — nur daß Frankreich ein ungeheures Kapital an moralischer und materieller Kraft verloren hatte und für die Militär-Dictatur frei geworden war.

Der andere Weg, den viele Eurer Jünger Euch weisen, ist der Weg der Gewalt und der Revolution; — denn ihr Ziel kann eben nur durch blutige Gewalt erreicht werden und würde dennoch niemals Bestand haben, denn es verfährt gegen das Wesen der Menschheit. Die Formen des Eigentums haben sich im Laufe der Zeit geändert, das Eigentum, die Herrschaft des Menschen und zwar des einzelnen Menschen über Sachen ist immer dieselbe geblieben. Ohne sie ist die den Menschen unentbehrliche Selbstbestimmung, die Freiheit der Einzel-Entwicklung unmöglich.

Jede Gesellschaft wird immer das Recht der Gesamtheit mit dem Recht des Einzelnen ausgleichen müssen, sie ist sonst auf die Dauer selbst unmöglich, da sie ihre Kraft allein aus der Umgruppierung der Einzelnen schöpft und mit deren Erödigung selbst zerfallen würde.

Das Privateigentum ist eine Notwendigkeit es ist nicht Ursache, sondern Folge der Verschiedenheit der menschlichen Willen an Fähigkeit, Kraft und Charakter. Diese Verschiedenheit wird ewig dauern und ist die Quelle des Fortschritts der menschlichen Entwicklung. So lange ihr diese Verschiedenheit nicht auslöschen könnt, könnt ihr das Privateigentum nicht vernichten. Niemals werden die verschiedenen Menschen es dulden, daß verschiedene Leistung, verschiedenes Bedürfnis nur die gleichen Verdienstmittel empfangen, daß Allen gleiche Beschäftigung angewiesen, daß mit höheren Leistungen eine größeren Vorteile verbunden sind, daß die Wahl der Beschäftigung dem Einzelnen ganz entzogen, daß das Exipiate des Einen nicht freiwillig verdientes Lohn des Andern sein könnte der nichts eripart hat. Der Eine hat das Bedürfnis, zu lernen und zu lehren, der andere aber das gleiche Bedürfnis, gelehrt zu werden. Die Befriedigung dieser Bedürfnisse ist für Beide eine Wohlthat. Der größte Despotismus ist: Ungleiches wie Gleiches zu behandeln.

Deshalb ist der sozialistische Staat Euer Führer, — mit der Aufhebung des Eigentums und folglich der Ehe, der Kindererziehung durch die Eltern, jeder persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung, — wider die Natur des Menschen, folglich unmöglich, und schon unbenkbar, weil die ausschließliche Leitung der gemeinsamen Produktion und Consumption aus Eurer Centralstelle geschäftlich und durchführbar, aber doch im sozialistischen Staate notwendig wäre. Ja, eine solche Centralleitung für eine einzelne Nation würde auch im sozialistischen Staat nicht genügen, — es müßte eine Weltleitung werden!

Die Verlozung einer einzelnen großen Stadt mit allen menschlichen Bedürfnissen wäre schon heute von einer Stelle aus unansführbar!

Und wie wollt ihr diesen sozialistischen Staat erzwingen?

Ihr denkt an die französische Revolution, welche wenige Privilegierte zu belegen hatte, eine schwache Regierungsgewalt, kaum eine Armee, ein corruptes Beamten-tum sich gegenüber fand. Hütet Euch, den deutschen Staat mit einem mächtigen, vollstündlichen Königtum, einem reiblichen, tüchtigen Beamtenstand, einer wohl-disciplinirten Armee, einem gefunden, arbeitamen Bürger-tum, Millionen von Eigentümern aller Grade damit

zu verwechseln. Jeder gewaltame Versuch würde blutig niedergeschlagen werden und die so berechtigten Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte zurückgeworfen sein.

Wann und wo in der Weltgeschichte ist eine proletarische Revolution siegreich gewesen?

Denkt an die Bauernkriege, welche die Erfüllung der so durch und durch berechtigten Forderungen der Bauern um 300 Jahre verlohren, bis die deutschen Fürsten sich ihrer annahmen und die geordnete Staatsgewalt sie befriedigte!

Denkt an die Sklavenkriege im alten Rom! Glaubt nicht, daß selbst eine große, berechtigete Bewegung nicht ausgeht und getreten werden könnte.

Die Geschichte lehrt auf hundert Wältern das Gegenteil.

Heute unterstützen Euch die radicalen bürgerlichen Parteien.

Ihr werdet sehen, wo sie bleiben, wenn erst die Frage des Eigentums, der Herrschaft des Proletariats gestellt ist. Heute seid ihr einig, — in der Opposition, und weil die Masse des Arbeiterstandes noch gar nicht be-greift, um was es sich handelt.

Sie wird zum großen Teile abfallen, wenn es heißt: kein Privateigentum, keine Familie, keine Religion, gleiche Vorrechte für ungleich Unterrichtete, ungleich Befähigte, ungleich Fleißige und Gewissenhafte, der Staat in Wahr-heit eine Zwangsanstalt, das heimliche Zuchthaus und die gemeinsame Bestrafung.

Ihr vertraut auf die internationale Kraft der Revolution und vergeßt die ungeheure Verschiedenheit der nationalen Eigenschaften, Wünsche und Bestrebungen. Wo soll da die einseitige Leitung herkommen und mög-lich sein? Die deutschen Revolutionäre von 1789 ver-trauten auch den französischen Brüdern, bis sie unter-worfen und ausgelindert waren.

Ihr würdet elend scheitern, wenn ihr den Kampf ver-sucht — aber ihr betretet die Abficht. Gewiß, — für heute. Nicht, so hofft ihr für morgen, wenn ihr stark genug sein werdet. Ihr zeigt ein auf friedlichem Wege nicht erreichbares Ziel und lehrt nur revolutionäre Mittel, — der Ausbruch wird so und muß kommen, bevor ihr es wollt, vielleicht gegen Euren augenblicklichen Willen. Ihr werdet mitgerissen werden in den Abgrund und der Arbeiterstand mit Euch!

Ihr wisst dies wirklich nicht wollt, so müßt ihr Euer Phantastie-Ziel ändern, und eine andere Sprache führen, den Arbeitern offen und ehrlich sagen, daß sie mit der geordneten Staatsgewalt, auf dem Wege stetig fortschreitender Verbesserung ihrer Lage praktische Ziele, dann aber auch sicher erreichen, daß sie hierfür eine ge-waltige Macht besitzen, daß die Vereinigung, die politischen Rechte, wie die Erfahrung die Lehre vom ehernen Lohn-gesetz widerlegen und daß sie es in der Hand haben, den Werth der Arbeit im Verhältnis zu den naturgemäß steigenden Erträgnissen des Kapitals, der aufgeschämten Arbeit nach und nach mehr und mehr zu erhöhen.

Ihr müßt die Arbeiter gemeinschaftlicher Weise hinweisen auf das in den letzten Jahrzehnten bereits Erreichte, und sie so ermutigen und beherzigen für eine immer bessere Zukunft.

So allein werdet ihr die Hilfe und die Sympathien eines großen Theiles der sitzenden und gebildeten Klassen haben und behalten. Wir haben in Deutschland keine Revolution gebraucht, um das Eigentum frei, das Bürger-tum stark, die Rechte gleich zu machen. Das Erscheinen des über den Parteien stehenden Königtums hat in sicherer, fortschreitender Arbeit uns von dem Feudalstaat in friedlicher Weise in den modernen Staat übergeführt. Auch heute beginnen Staat und Königtum denselben Weg einzuschlagen für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter, finden wenig Widerstand in den besitzenden Klassen, nur bisher Schwierigkeit durch Eure feindselige, Mißtrauen erweckende Haltung.

Ändert diese Haltung! Stellt Euch auf praktischen Boden, stützt Euch auf den Staat, statt ihn zu bekämpfen, und ihr werdet sehen, wie viel besser und schneller es vorwärts geht.

Eure Politik müßt ihr herleiten aus den deutlichen Zu-ständen, nicht aus philologischen Theorien von Studien-gelehrten oder aus den Erlebnissen anderer Völker zu anderen Zeiten.

Die Zeit der sozialistischen Gelehrten ist vorbei, seitdem der Arbeiterstand mit praktischen Forderungen in der Welt der Thatfachen auftritt.

Da gilt es die thatsächliche Ausführfähigkeit, die that-sächliche Macht, das Verhältnis zur Welt-Concurrenz und tausend andere Dinge in Betracht zu ziehen, da gilt es zu wägen und zu messen.

Hart stoßen sich im Raum die Sachen! Und so noch einmal, am Schluß wie am Eingang:

Ihr steht am Scheidewege; erwägt wohl, welchen Weg ihr wählt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenzug.

13. Sitzung vom 8. Februar, 11 Uhr.

(Ausführlicher Bericht.)

Am Ministertische: v. Schelling, v. Raabach, v. Scholz und Kommissarien.

Das Haus nimmt zunächst den Antrag des Abg. Detocha wegen Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Stoeber während der Dauer der Session ohne Debatte an und legt dann die zweite Beratung des Staatsbankrottsatzes für 1890/91 fort beim Etat der Eisenbahnverwaltung.

Das Kapitel 31 der Ausgaben: Zinsen und Amortisations-beiträge wird ohne Debatte genehmigt.

Beim Kapitel Centralverwaltungen bringt Abg. Barltus (Hr.) die Beschwerde darüber vor, daß die Verwaltung der Staatsbahn sich geweigert habe, den Inhabern von Zeitkarten die Bergünstigung des billigeren Preises zuzulassen zu lassen, welche seit dem 1. Januar d. J. eingetreten sei.

Ministerrathsdirektor Fied bemerkt, daß die Sache in der unruher Zusammenhang komme.

Abg. Barltus: In der Entscheidung heißt es, daß sie auf einer höheren getroffenen Bestimmung beruhe.

Ministerrathsdirektor Fied: Der höhere Satz ist noch nicht die Centralstation.

Abg. v. Arensdorf: Es ist ein Fehler, daß für die Beamten, welche in der Eisenbahnverwaltung, eine besondere fach-wissenschaftliche Ausbildung nicht bedürft. Es seien allerdings fachwissenschaftliche Vorkenntnisse erforderlich, allein sie sollen sehr schwach behaupt sein, sie bestehen in Berlin, Breslau und Bonn, und in Breslau soll so wenig Zulassung sein, daß es ansehnlich ist, ob die Vorkenntnisse dort weiter geföhrt werden können. Von Sachverständigen wird überaupt bemerkt, ob die Ausbildung anderer höheren Eisenbahnbeamten nicht eine andere sein müßte. Redner beruft sich auf eine Schrift von Schwabe.

Ministerrathsdirektor Fied: Die fachwissenschaftlichen Vor-stellungen werden freilich beachtet; daß die Zahl der Bewerber eine so sehr große nicht ist, liegt daran, daß überhaupt die Zahl der Personen, welche in den höheren Eisenbahndienst eintreten, eine sehr kleine ist. Wenn eine Behörde über den Bedarf der fach-wissenschaftlichen Vorkenntnisse bekannt wird, so halten wir eine solche Anzahl für möglich. Wir verlangen von denjenigen Bewer-benden, die in die Vorkenntnisse geföhrt haben müssen, aber, wenn das nicht der Fall ist, müssen sie sie nachträglich hören. Eine be-sondere Ausbildung der Eisenbahnbeamten halte ich nicht für notwendig; das Material, welches uns bis jetzt zu Gebote steht, ist ein durchaus brauchbares gewesen.

Abg. Barltus glaubt, daß man das Verfahren, welches man den Inhabern der Zeitkarten gegenüber beobachtet hat, wenn es von einem Privatmann ausginge, als wenig anständig gehalten würde.

Ministerrathsdirektor Fied weist diesen Ausdruck, daß die Ver-waltung nicht unabhängig verhandle, entschieden zurück.

Abg. Barltus: Ich habe nicht von der Vermahlung ge-sprochen, sondern von einem Privatmann. Ich muß dann noch darauf aufmerksam machen, daß durch Anschlag auf den Stationen das Befahren einer gefüllten Staatsbahnabtheilung unter Strafe gestellt ist, während ich, namentlich sich Niemand um die Anwesenheit dieser Vorkenntnisse kümmert. Für die Arbeiter ist auch noch nicht genügend gelehrt. Die Zeitkarten kommen dem wohlhabenden Publikum zu Gute; der Arbeiter müßte bei der Zahlung von Wochenkarten, wo er in der Fahrtzeit befristet ist, mehr bezahlen als für Zeitkarten bezahlt wird.

Abg. v. Ortel hält eine anderweitige Ausbildung der höheren Beamten für notwendig.

Die Ausgaben für die Centralverwaltung werden bemittelt. Bei den Ausgaben für Wohnungsgeldzulagen erklärt Ge-heimer Oberregierungsrath Dücker es auf eine Anfrage des Abg. v. Broemel, daß die Erwägungen darüber, ob zwischen der 4. und 5. Classe eine neue eingeschoben werden solle, zu einem Beschlusse noch nicht geföhrt haben.

Der Etat wird bemittelt und ebenso der Rest der laufenden Ausgaben.

Die einmaligen Ausgaben werden ohne erhebliche Debatte bemittelt.

Bei der Beratung des Berichtes über die Betriebsergebnisse der Staatsbahnen be-merkt Abg. v. Broemel, daß die Angabe, es seien jetzt 24.1 Pct. der Beamten etatsmäßig angestellt, ihm nicht genüge. Diese Angabe beziehe sich auf die Gesamtzahl der Beamten; daraus lasse sich aber nicht ersehen, wie sich das Verhältnis in den einzelnen Beamtenklassen stelle. Es kommen von vielen Be-amtenklassen Klagen darüber, daß zu viel Personen nur drittrig angestellt seien, daß sie zu lange warten müßten, ehe sie etats-mäßig angestellt würden.

Der Bericht wird für erledigt erklärt; ebenso der Bericht über die Personalverhältnisse und Beschäftigungen für die Eisen-bahnverwaltung in der Zeit vom 1. October 1888 bis zum 1. October 1889.

Damit ist der Etat der Eisenbahnverwaltung erledigt. Es folgt der Etat des Finanzministeriums. Die Einmahnen werden ohne erhebliche Debatte genehmigt.

Dem ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers nimmt das Wort

Abg. v. Arensdorf: Durch den vorzeitigen Schluß der vorigen Session bin ich behindert worden, einen Antrag zur Bankfrage zu stellen. Es handelt sich dabei nicht um die Frage der Reichs-bank, sondern um die Frage, welche von preussischer Seite entschieden werden. Es ist vor-zubehalten, daß den Banken, welche neben der Reichsbank noch bestehen, das Privilegium angetastet werden kann. Das Privilegium der Reichsbank ist nicht gefährdet, deshalb hätte Preußen damit vorgehen und seine Rechte dazu beitragen sollen, daß die Notenausgabe vereinigt wird. Denn die Notenaus-gabe kann nicht mehr Sache von Privatbanken sein. Ich behaupte, daß es wegen der Vereinigung des Kapitals und des Particularismus im Reichslande nicht gelungen ist, das Bank-

